6. Wahrung aller politischen Rechte ohne zwingende Veröffentlichung der Privatadresse

Antrag des Regierungsrates vom 25. September 2024 und Antrag der Kommission für Staat und Gemeinden vom 19. September 2025
KR-Nr. 104a/2024

Priska Lötscher (SP, Winterthur), Präsidentin der Kommission für Staat und Gemeinden (STGK): Am 25. März 2024 reichten Chantal Galladé und Mitunterzeichnende das Postulat «Wahrung aller politischen Rechte ohne zwingende Veröffentlichung der Privatadresse» ein. Mit dem Vorstoss wurde der Regierungsrat gebeten, zu prüfen, wie politisch engagierte Personen ihre politischen Rechte uneingeschränkt wahrnehmen können, ohne zwingend Angaben veröffentlichen zu müssen, die ihre persönliche Sicherheit gefährden und sie Hass, Belästigung oder Drohung aussetzen könnten. Der Regierungsrat kommt dem Begehren der Postulanten insofern nach, als ab sofort Mitglieder von kantonalen Initiativkomitees eine von der Privatadresse abweichende Adresse, wie Geschäftspostfach oder andere Zustellungsadressen, angeben könnten, welche veröffentlicht würden. Diese Regelung gilt aus Gründen der Rechtsgleichheit für alle politisch engagierten Personen und nicht nur für Behördenmitglieder. Die betroffenen Rechtsgrundlagen will die Regierung in einem zweiten Schritt anpassen, abgestimmt auf die Bundesgesetzgebung, welche zurzeit ausgearbeitet wird. Für eidgenössische Volksinitiativen gelten weiterhin die Vorschriften des Bundes, die derzeit grundsätzlich die Privatadresse verlangen. Kommunale Initiativen fallen in die Zuständigkeit der Gemeinden, die ihre bisherige Praxis bis zu einer gesetzlichen Anpassung beibehalten können.
Der Regierungsrat beantragt dem Kantonsrat, das entsprechende Postulat als erledigt abzuschreiben, da das Anliegen mit der Praxisänderung und der geplanten Gesetzesanpassung aufgenommen wurde. Die Kommission für Staat und Gemeinden, STGK, beantragt dem Kantonsrat einstimmig, das Postulat von GLP, SVP, SP, FDP und Mitte als erledigt abzuschreiben. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

Susanne Brunner (SVP, Zürich): Wir begrüssen es, dass der Regierungsrat das Postulat sofort umgesetzt hat, und wir begrüssen auch die gefundene Lösung. Doch diese geht zu wenig weit. Die SVP hat es kritisch gesehen, dass der Regierungsrat die betreffenden kantonalen Rechtsgrundlagen erst dann anpassen will, wenn dies vorher auf Bundesebene erfolgt ist. Auf den Bund zu warten, ist nicht nötig. Denn auf Stufe Gemeinden wäre alles beim Alten geblieben. Aus diesem Grund hat die STGK die Motion KR-Nr. 396/2025 formuliert. Diese ist am 3. Februar 2026 oppositionslos an den Regierungsrat überwiesen worden. Wir erwarten nun von Regierungsrätin Jacqueline Fehr, dass sie keine zwei Jahre braucht, um die entsprechende Gesetzesänderung vorzulegen. Denn sie hatte uns Kantonsräte selber mittels einer Umfrage auf das Thema sensibilisiert. Als Folge

davon hat uns die Justizdirektion Verhaltensempfehlungen gemacht. Unter anderem erfolgte die Empfehlung, die Privatadresse nicht mehr zu veröffentlichen, auch nicht auf der Kantonsratswebseite. Darum ist es jetzt konsequent, dass die Justizdirektion den Schutz auch Politikern zukommen lässt, die sich auf kommunaler Ebene exponieren. Liebe Jacqueline Fehr, bitte arbeiten Sie rasch und legen Sie uns die Gesetzesänderung vor. Wir müssen nicht auf den Bund warten. Denn das Initiativrecht auf eidgenössischer und kommunaler Ebene kennt zahlreiche Unterschiede. Initianten können damit umgehen.
Wir schreiben ab.

Leandra Columberg (SP, Dübendorf): In einer Demokratie ist es zentral, dass politische Teilhabe möglichst zugänglich ist, und dazu gehört eben auch, bestehende Hürden, die Personen an der Wahrnehmung ihrer politischen Rechte hindern könnten, wo immer möglich abzubauen. Eine solche Hürde kann, wie wir gehört haben, eben auch die Praxis der zwingenden Veröffentlichung der Privatadresse sein. Leider kommt es auch in unserem Kanton vor, dass Personen aufgrund der Veröffentlichung ihrer Adresse für Drohungen, Hass und Belästigungen erreichbar sind. In diesem Sinne ist es sehr zu begrüssen, dass dieser erste Schritt bereits rasch umgesetzt wurde und in kantonalen Initiativkomitees eine von der Privatadresse abweichende Adresse angegeben werden kann. Neben diesem ersten Schritt ist es auch aus Sicht der SP umso wichtiger, dass möglichst zeitnah praktikable entsprechende Regelungen auf kommunaler und nationaler Ebene, oder für kommunale und nationale Initiativen, folgen. Bei der nationalen Regelung warten wir noch auf die Bundesgesetzgebung. Und es ist aber sicher auch so, dass für die kommunalen Initiativkomitees die Regierung am Zug ist, um hier zeitnah eine gesetzliche Grundlage zu schaffen. Das ist zentral, damit mehr Menschen ohne Angst vor Hass und Drohungen ihre politischen Rechte wahrnehmen können.
Die SP wird das Postulat abschreiben.

Sonja Gehrig (GLP, Urdorf): Politisches Engagement darf kein Sicherheitsrisiko sein. Wer sich politisch engagiert, soll seine Stimme öffentlich erheben können, aber nicht gleichzeitig seine Haustür öffnen müssen. Hass, Belästigungen und Drohungen gegen politisch engagierte Menschen nehmen leider zu; das war der Auslöser für dieses Postulat. Die Erstunterzeichnerin Chantal Galladé wird sich dazu noch persönlich äussern. Dass Mitglieder von Initiativkomitees ihre Wohnadresse veröffentlichen müssen, ist nicht mehr zeitgemäss und bringt der Bevölkerung absolut keinen erkennbaren Mehrwert. Demokratie lebt von der Beteiligung, nicht von der Preisgabe der Privatsphäre. Die angekündigte sofortige Praxisänderung, dass bei kantonalen Volksinitiativen künftig auch eine Zustell-, Geschäfts- oder Postfachadresse verwendet werden kann, ist ein guter erster Schritt, reicht aber noch nicht aus. Nicht nur gilt diese Regelung noch nicht für kommunale oder nationale Initiativen, auch die Adressthematik ist damit noch nicht vom

Tisch. Unser Ziel ist klar, Privatadressen sollen grundsätzlich nicht mehr veröffentlicht werden müssen, weder im Kanton noch in den Gemeinden. Dazu braucht es eine rasche gesetzliche Anpassung ohne ein Zuwarten auf eine nationale Lösung. Wer sich für unsere Demokratie engagiert, verdient Schutz statt unnötiger Risiken. Wer seine Wohnadresse freiwillig angeben möchte, soll dies weiterhin tun dürfen. Denn es ist denkbar, dass es zwei Peter Meier im gleichen Wohnort gibt, die nicht miteinander verwechselt werden möchten. Mit diesen Erwartungen kann das Postulat abgeschrieben werden. So schaffen wir einen zeitgemässen Ausgleich zwischen Transparenz, politischer Teilhabe und dem Schutz der Privatsphäre.

Benjamin Krähenmann (Grüne, Zürich): Wir Grünen schreiben das Postulat ebenfalls ab. Aus unserer Sicht ist die von der Regierung vorgeschlagene Praxisänderung sinnvoll, und das Anliegen der Postulantinnen und Postulanten ist damit erfüllt. Auch für die Gemeinden liesse sich eine solche Praxisänderung im Sinne einer unkomplizierten pragmatischen Lösung einführen, wie wir in der Kommissionsberatung gehört haben. Und gleichzeitig wird auf Bundesebene eine Gesetzesänderung diskutiert. Für uns Grüne wäre es darum sinnvoll gewesen, die nationale Gesetzgebung abzuwarten, bis wir eine Änderung des GPR *(Gesetz über die politischen Rechte)* anpacken. Dass die Kommission in der Zwischenzeit schon mit einer Motion vorgeprescht ist, erachten wir in diesem Sinne zwar als vorschnell, haben uns aber nicht dagegen gestellt, weil wir hinter dem Inhalt und der Stossrichtung stehen.
Lassen Sie mich aber noch eine grundsätzliche Bemerkung machen: Die Demokratie, insbesondere unsere halbdirekte, lebt von einem offenen Austausch diverser Akteurinnen und Akteure, insbesondere zwischen Bürgerinnen und Bürgern sowie gewählten Politikerinnen und Politikern. Und darum ist es auch gut zu wissen, wer eine Initiative oder ein Referendum aktiv unterstützt. Dass Menschen nun vermehrt bedroht und damit unter Druck gesetzt werden, ist demokratiepolitisch also hochproblematisch. Und insbesondere die wählerstärkste Partei dieses Kantons und dieses Landes steht hier in der Verantwortung. Schliesslich ist sie es, die seit Jahrzehnten Hass und Hetze salonfähig macht und auch nicht davor zurückschreckt, die politische Gegenseite zu diffamieren und zu entmenschlichen.

Marc Bourgeois (FDP, Zürich): Es ist alles gesagt, nur nicht von allen. Ich werde mich nicht wiederholen. Ich möchte nur schnell auf das letzte Votum eingehen. In der Stadt Zürich wurden also regelmässig Häuser, Wohnungen von Vertretern dieser Partei, der du gerade einen Vorwurf gemacht hast, verunstaltet. Also ich würde das jetzt nicht einfach einer Seite in die Schuhe schieben. Wenn schon, würde ich es den Polen in die Schuhe schieben. Was noch nicht gesagt wurde – diese Gelegenheit möchte ich ergreifen, denn das habe ich noch nie gemacht –, ich möchte unserer Justizdirektorin *(Regierungsrätin Jacqueline Fehr)* danken. Ja, du hast richtig gehört. Jetzt musst du die Brille abziehen. Danke für die Reaktion. Ich glaube, du hast ein Gefühl für die Problematik und hast sie aufgegriffen.

Wir sind erst auf halbem Weg, aber das weisst du selber. Das ist der zweite Punkt. Und der dritte Punkt ist – und das geht dann ein bisschen in deine Richtung: Ich finde es eigentlich schade, dass das notwendig ist. Es ging früher ohne, und wir sollten uns Gedanken machen, wieso wir nur noch so Politik machen können. Ich persönlich schätze es, wenn ich auf der Strasse angesprochen werde. Ich wurde auch noch nie wirklich negativ angesprochen, vielleicht schräg angeschaut. Aber ich weiss, dass es auch anders geht. Mir bereitet diese Entwicklung ein bisschen Sorge, aber offenbar ist es notwendig.

Tina Deplazes (Die Mitte, Hinwil): Ja, Marc Bourgeois, dann hoffen wir doch alle, dass du die politischen Pole meinst und nicht die Polen *(Heiterkeit)*. Da kann ich mich total anschliessen. Gemäss Umfragen werden politisch engagierte Personen häufig Hass, Belästigungen, Sachbeschädigungen und Drohungen ausgesetzt – meiner Meinung nach auch von beiden Seiten. Wer sich politisch engagiert, soll seine demokratischen Rechte wahrnehmen können, ohne dadurch unnötigen Risiken für die persönliche Sicherheit ausgesetzt zu sein. Gleichzeitig lebt unsere direkte Demokratie von Transparenz. Bei Initiativen und Referenden muss nachvollziehbar sein, wer Verantwortung übernimmt und hinter einem politischen Anliegen steht. Als Reaktion hat der Regierungsrat angepasst, dass Mitglieder kantonaler Initiativkomitees anstelle ihrer Privatadresse eine alternative Zustelladresse angeben können. Damit wird dem Anliegen des Postulats Rechnung getragen, ohne dass die Transparenz der politischen Prozesse grundsätzlich in Frage gestellt wird. Wenn eine interessierte Bürgerin oder ein interessierter Bürger mit einer Person des Initiativkomitees Kontakt aufnehmen möchte, ist dies weiterhin möglich; eine Kontaktadresse ist ja angegeben. Ob es sich dabei um die Privatadresse dieser Person handelt oder um eine Geschäftsadresse oder ein Postfach, spielt unserer Meinung nach keine wesentliche Rolle für die interessierte Person. Für die Mitte ist entscheidender, dass die politische Teilhabe für alle möglich bleibt, unabhängig davon, ob jemand aus Sorge um die eigene Sicherheit auf die Veröffentlichung von Privatadressen verzichten möchte. Deshalb begrüssen wir die Anpassungen des Regierungsrates und wir sind gespannt auf den weiteren Verlauf des Kommissionsvorstosses.
Wir danken der Regierung für ihr rasches Reagieren bei kantonalen Initiativen und schreiben ebenfalls ab.

Judith Anna Stofer (AL, Dübendorf): Bei diesem Thema geht es um die Spannbreite zwischen Transparenz, Sichtbarkeit und Sicherheit. Wie viele Daten gebe ich bekannt, um Transparenz herzustellen, wie schütze ich mich aber auch vor antisemitischen, sexistischen und hasserfüllten Angriffen, und wie sichtbar bin ich als Politikerin? Das ist halt eine wirklich wahnsinnig grosse Spannbreite. Leider leben wir in einer Gesellschaft, die durch den exzessiven Gebrauch der sozialen Medien, des digitalen Stammtisches schon ziemlich verroht ist. Aus diesem Grund befürworten wir die von der JI *(Direktion der Justiz und des Innern)* vorgeschlagene Lösung und schreiben das Postulat ab.

Chantal Galladé (GLP, Winterthur): Ich denke, es ist jetzt wirklich nicht der Zeitpunkt, irgendwo Vorwürfe zu machen. Sondern es ist ein guter Zeitpunkt, dass wir uns alle Danke sagen und zufrieden sind, dass wir da einen Schritt weiter sind und dass sowohl die Kommission wie die Regierung gute Arbeit geleistet hat. Wir sind da einen deutlichen Schritt vorwärtsgekommen, einen Schritt, der schlussendlich der Demokratie zugutekommt. Ich kann Ihnen persönlich sagen, dass ich jahrelang nicht mehr in Initiativkomitees gegangen bin, viele Jahre lang, nicht weil ich nicht wollte. Ich habe sogar Initiativen selber geschrieben und mitgeschrieben. Aber es war mir zu heikel, denn mit einem Mausklick findet man für immer die Wohnadresse heraus, die nicht mehr aus dem Internet gelöscht wird. Und ich erhielt doch diverse Male Morddrohungen und anderes gegen mich und meine Familie. Ich hatte Polizeischutz. Den habe ich nicht selber beantragt. Es gibt manchmal Bürger, die schreiben: «Sie nehmen sich so wichtig, dass Sie sogar Polizeischutz beantragen.» Das war nicht so. Das beantragt man nicht, das bekommt man aufgrund einer Gefährdungseinschätzung. Und das ist nicht lustig. Wenn diese Personen dann schreiben: «Wir wissen, wo Ihre Kinder zur Schule gehen» und so weiter, das ist unangenehm.
Die Wohnadresse sagt nichts über die politische Ausrichtung aus. Sie ist keine relevante Information für die Wählerinnen und Wähler oder die Unterstützenden eines Anliegens. Deshalb bin ich froh, dass Sie diese Lösung jetzt gefunden haben, dass Konsens besteht, dass das zum Schutz von engagierten Menschen jetzt so stattfinden soll. Denn ich musste bei der Förderklasseninitiative *(Vorlage 5988)* noch Nachweise des Fedpol *(Bundesamt für Polizei)* erbringen, dass ich wirklich Personenschutz hatte. Und sie empfahlen, meine Adresse nicht öffentlich zu machen. Das ändert jetzt, wenn wir überlegen, viele beginnen ihr Engagement ja auf Gemeindeebene …

Ratspräsidentin Romaine Rogenmoser: Frau Galladé, bitte kommen Sie zum Schluss.

Chantal Galladé fährt fort: Deshalb ist es wichtig, dass der nächste Schritt die Gemeinden betrifft.

Markus Bopp (SVP, Otelfingen): Ich hätte eigentlich nicht gedacht, dass ich mich melden muss, aber natürlich können wir die Aussage von Benjamin Krähenmann nicht einfach so im Rat stehen lassen. Ich meine, was hat er sich da eigentlich gedacht, an einem Montagnachmittag einfach kurz uns allen zu unterstellen, wir würden Hass und Hetze politisch salonfähig machen? Ich meine, wo sind wir hier eigentlich? Ich würde mal sagen, dass ich das als SVP-Mitglied kontern muss. Das können Sie nicht einfach so in den Raum werfen, und dann gehen wir zur Tagesordnung über. Das hat keinen Platz, hier einfach so etwas zu sagen. Das ist gröbste Diffamierung von allen SVP-Mitgliedern und von allen Parteipersonen, die bei der SVP arbeiten. Das ist eine grosse Unterstellung. Ich weise sie zurück,

logischerweise. Das muss ich tun. Übrigens, wenn wir so von Toleranz sprechen: Ich glaube, im Gang draussen hat es auf Ihrer Seite sehr viele Menschen, die uns nicht grüssen, die schauen weg, wenn wir da vorbeilaufen, die schauen ein bisschen auf den Boden und schauen, dass man nicht noch ein Bier trinken muss mit einem SVPler. Ich hätte nie ein Problem, das mit Ihnen zu tun. Ich habe einfach das Gefühl, dass es eher so sein könnte, dass Sie bei uns ein bisschen vorbeischauen. Also bitte, nehmen Sie diese Aussage zurück, dass wir alle schuld an Hass und Hetze seien, dass wir das politisch salonfähig gemacht hätten. Das triggert mich ein bisschen, und da werde ich emotional. Besten Dank, einen schönen Nachmittag.

Benjamin Krähenmann (Grüne, Zürich) spricht zum zweiten Mal: Du kannst gerne einen Namen nennen. Ich kenne niemanden, der bewusst andere nicht grüsst, weil sie von der falschen Fraktion sind. Ich kann mich vielem anschliessen, was auch Chantal Galladé gesagt hat. Und wir sollten dieses Problem definitiv nicht auf die leichte Schulter nehmen und sollten es ernst nehmen, wenn Leute bedroht sind.
Es ist mir auch nicht darum gegangen, einzelne SVP-Politiker und -Politikerinnen anzugreifen. Es ist einzig darum gegangen, zu benennen, wer jahrelang, jahrzehntelang immer wieder gegen Minderheiten schiesst, wer die politische Gegenseite auf Plakaten diffamiert, entmenschlicht, wie das schon 1931 die NS *(Nationalsozialisten im Dritten Reich)* gemacht haben. Darum ist es gegangen und nicht um einzelne Kantonsratsmitglieder. Und ja, es gibt diesen Zusammenhang. Den können Sie nicht von der Hand weisen *(Unmut auf der rechten Ratsseite)*.

Ratspräsidentin Romaine Rogenmoser: Ich bitte Sie, mässigen Sie sich.

Jasmin Pokerschnig (Grüne, Zürich): Ich denke, wir Politikerinnen und Politiker – und das muss uns wirklich bewusst sein –, wir haben eine Vorbildfunktion. Das heisst, wenn wir auf Podien sind, wenn wir hier sind, wenn wir uns im Internet bewegen, dass wir alle eine Vorbildfunktion haben und in dem Sinne auch, wenn wir uns äussern, dass wir versuchen, uns differenziert zu äussern und anständig in die Diskussion zu gehen. Denn ich denke, das ist nicht zu unterschätzen, wie wir miteinander umgehen.

Elisabeth Pflugshaupt (SVP, Gossau): Das ist mir jetzt wirklich zu weit gegangen. Wenn ich in der Stadt Zürich das Wort «SVP» in den Mund nehme, dann werde ich angespuckt, selber erlebt. Und dann kommt dann ihr und sagt, wir würden Hass und weiss ich was verbreiten, und vergleicht uns mit den Nazis. Entschuldigung, aber das geht mir definitiv zu weit, wirklich. Das weise ich in aller Form zurück. Anstand und Respekt gehören auch uns gegenüber gelebt.

Ueli Bamert (SVP, Zürich): Ich bin schon etwas schockiert, lieber Benjamin. Du gehörst eigentlich nicht zu denen, die uns auf dem Gang nicht grüssen. Aber hier

die SVP mit der NSDAP *(Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei)* zu vergleichen, ist wirklich unterste Schublade. Und da erwarte ich jetzt von dir eine Entschuldigung. Das kann ich nicht so stehen lassen. Es ist tatsächlich die SVP, die immer wieder direkten Angriffen ausgesetzt ist. Ich sehe das in der Stadt Zürich sehr gut. Letztes Jahr wurde unser Stand an der Schwamendinger Chilbi kaputtgemacht. Kollege Habicher *(Kantonsrat Lorenz Habicher)*, der leider hier nicht mehr vor mir sitzt, sah seinen Hauseingang verschmiert. So etwas müssen Mitglieder der SP und der Grünen nie erdulden. Ich erwarte von Ihnen jetzt eine Entschuldigung. Nur weil wir auf Missstände in der Gesellschaft hinweisen und Sie uns einfach konstant missinterpretieren und uns irgendwelche Motive unterstellen, heisst das noch lange nicht, dass Sie uns hier einfach mit dem gröbsten, mit dem übelsten Kapitel der Geschichte gleichstellen können. Ich erwarte jetzt eine Entschuldigung. Nimm bitte diese Bemerkung zurück. Wir gehen jetzt dann in die Sommerferien und können das nicht so stehen lassen.

Ratspräsidentin Romaine Rogenmoser: Herr Krähenmann, Sie wurden direkt persönlich angesprochen. Wünschen Sie das Wort für eine Replik? Sie haben das Wort.

Benjamin Krähenmann (Grüne, Zürich): Ich sage natürlich gerne nochmals etwas. Und ja, ich finde es auch nicht in Ordnung, wenn der SVP-Stand an der Schwamendinger Chilbi angegriffen wird. Und es ist auch nicht in Ordnung, wenn SVP-Mitglieder angespuckt oder anderweitig beleidigt werden. Darum ging es nicht, und das verurteile ich ebenfalls aufs Schärfste. Und zu Ueli Bamert: Grüne und linke Politikerinnen und Politiker, die gerade nicht in der Stadt tätig sind, die vielleicht nicht Bamert oder Müller oder wie auch immer heissen, die sind immer wieder konstant eine Angriffsfläche und werden beleidigt, werden niedergemacht. Da gibt es unzählige Beispiele. Also das solltest du auch nicht auf die leichte Schulter nehmen. Und ich habe die SVP nicht mit der NSDAP verglichen. Ich habe lediglich gesagt, dass es 2019 ein Plakat gegen sogenannte Linke und Nette gab *(Anspielung auf ein Wahlplakat)*. Und dieses Plakat hat sich einer NS-Symbolik von 1931 bedient. Und dazu stehe ich weiterhin.

Chantal Galladé (GLP, Winterthur) spricht zum zweiten Mal: Es tut mir gerade etwas leid oder weh, dass das jetzt gerade bei dieser Debatte passiert. Das ist doch unnötig. Wir haben jetzt einmal einen einstimmigen Konsens, wir sind alle für politischen Anstand, für die Stärkung der Demokratie. Wir alle, von rechts bis links und in der Mitte, treten dafür ein. Wir sind uns alle einig, und es wäre doch schön, wenn wir jetzt auch den Ton ein bisschen so wählen könnten, dass wir uns gegenseitig gerade nicht das liefern, was wir eigentlich nicht wollen. Wir haben einen demokratierelevanten Vorstoss umgesetzt, wir pflegen diese Demokratie. Seien wir doch einfach ganz respektvoll miteinander.

Susanne Brunner (SVP, Zürich) spricht zum zweiten Mal: Chantal Galladé, Sie haben recht. Wir waren einstimmig und wir konnten sachlich über dieses Thema sprechen. Leider hat der Sprecher der Grünen mit seinem zweiten und dritten Votum jeden Respekt vermissen lassen, und das bedaure ich sehr. Und ich möchte an diese Seite appellieren: Bitte kontrollieren Sie Ihre Wortwahl. Denn indem Sie solche Voten halten wie bei Ihrer ersten, zweiten und dritten Wortmeldung, befeuern Sie das Vokabular aller Leute draussen auf der Strasse. Denn die hören und sehen und nehmen zur Kenntnis, wie wir hier im Parlament sprechen. Darum bitte ich alle hier drinnen: Seid respektvoll zueinander und lasst die scharfen rhetorischen Waffen bitte drin. Sie sind unnötig und sie sind heute falsch angewendet worden. Und wir haben zur Kenntnis genommen, Herr Krähenmann *(Kantonsrat Benjamin Krähenmann)*, dass Sie Ihre Aussage nicht zurückgezogen haben.

Selma L'Orange Seigo (Grüne, Zürich): Zunächst möchte ich sagen, dass es natürlich gar nicht geht, wenn man Politikerinnen und Politiker bedroht und ihnen zum Beispiel Hundescheisse in den Briefkasten legt – das ist Esther Guyer *(Altkantonsrätin)* in der Stadt Zürich regelmässig passiert –, Chilbistände zerstört und so weiter. Das geht gar nicht. Was Benjamin Krähenmann gesagt hat, ist, dass es tatsächlich Plakatkampagnen – Plural, sogar mehrere – gab, in denen eine sehr spezielle Bildsprache verwendet wurde. Und da würde ich an Sie appellieren, nicht nur Ihre Wortwahl zu kontrollieren, sondern Ihre Kampagnen. Ich habe hier eine kleine Collage auf dem Handy: «Mittelstand aussaugen? Linksradikale 99%-Initiative nein». Eine Zecke, die saugt *(Anspielung auf die Volksinitiative «Löhne entlasten, Kapital gerecht besteuern [99%-Initiative»])*. Dann: «Das wollen die Linken, weniger zum Leben, Arbeitsplätze vernichten». Man sieht Ratten, die auf einem Portemonnaie herumkriechen *(Anspielung auf die Abstimmung über das Bundesgesetz über die Alters- und Hinterlassenenversicherung und den Bundesbeschluss über die Finanzierung der AHV/IV durch Anhebung der Mehrwertsteuersätze)*. Dann sollen Linke und Nette die Schweiz zerstören: Man sieht Würmer, die einen Apfel zerfressen. Und noch dies: «Linke Gier zerstört Schweizer Wirtschaft – Deshalb JA zur Abschaffung der Stempelsteuer». Man sieht eine Schnecke, die an einer Pflanze frisst. Und das ist einfach ganz klar eine Bildsprache, die linke Menschen mit Ungeziefer in Verbindung bringt. Und das ist eine Tatsache. Diese Kampagnen gab es. Sie können es gerne nachsehen. Wir dürfen das sagen und finden es unangemessen.

Ratspräsidentin Romaine Rogenmoser: Die vorberatende Kommission schlägt die Abschreibung des Postulates vor. Ein anderer Antrag wurde nicht gestellt. Somit ist das Verfahren beendet.

Das Postulat KR-Nr. 104/2024 ist abgeschrieben.

Das Geschäft ist erledigt.